

# Um die Beamtenbefoldung

Am gestrigen Sonntag hat der Reichsfinanzminister Dr. Köhler auf der Tagung des Deutschen Beamtenbundes zum ersten Male in der Öffentlichkeit Mitteilungen über den Inhalt der geplanten neuen Beamtenbefoldung gemacht. Dr. Köhler ließ besonders wiederholt öffentlich erklären, daß keine Beamtenbefoldungsanfrage, die beim Inkrafttreten des Reichstages zur Beratung kommen soll, einen starken sozialen Einschlag tragen soll und die unteren Beamtengruppen die stärkste prozentuale Erhöhung erhalten sollen. Mit diesen Versprechungen sollten die Beamten, insbesondere die niedrigst besoldeten Gruppen, hingehalten werden. Bekanntlich hatte die Regierung im Jahre 1921 eine „Erhöhung“ der Beamtengehälter vorgenommen, die einer unehörtlichen Provokation der unteren Beamtenklasse gleichkam. Damals erhielten die Beamten der niedrigsten Gruppen eine prozentuale Erhöhung von 17 Prozent, während die höheren und höchsten Beamtengruppen bis zu 72 Prozent Gehaltserhöhung zugesprochen erhielten. In seiner Wahgebungsrede über die neue Befoldungsanfrage hat nun Herr Dr. Köhler, wie die Telonien mitteilt, eine Erhöhung der Gehälter der unteren Gruppen von etwa 25 Prozent aufwärts, während die höheren Beamten 21 und 18 Prozent Zulagen erhalten sollen. Die prozentuale Regelung legt also das an den unteren Beamten verübte Unrecht fort 25 Prozent Zulage, falls sie wirklich in Aussicht genommen werden sollten, bedeuten an den elenden Grundgehältern der unteren Beamten gemessen, eine auch in keiner Beziehung den Anforderungen der Beamtenklasse entsprechende Aufbesserung der Gehälter, während andererseits eine Erhöhung von 21 Prozent an die höheren und höchsten Beamten eine weitere gewaltige Differenzierung der Gehaltsgruppen mit sich bringen wird. Um von vornherein diese für die untere Beamtenklasse völlig ungenügende Regelung der Befoldung zu begründen, erklärte Herr Dr. Köhler: „Der Finanzlage neue Zusätze auf die nicht ausreichenden Einnahmen. Absoluter Verzicht müsse auch bei dieser Reform bleiben.“

Die Finanzen des Reiches müssen unter allen Umständen in Ordnung bleiben.“

Nach der Rede Dr. Köhlers soll die zweijährige Zulagenfrist und der Wohnungsgeldzuschuß in der bisherigen Form beibehalten werden. Er kündigte des weiteren die Neuaufstellung des Erbschaftsteuerverzeichnisses an. Die Frauenzulage wird nach der neuen Vorlage in das Grundgehalt eingebaut und das System der Kinderzuschläge beibehalten werden, jedoch soll für jedes Kind bis zum 21. Lebensjahre ein gleichmäßiger Zuschuß von 20 Mark monatlich gegeben werden. Dr. Köhler bestritt den Aufwand für die Durchführung des Befoldungsgeleges bei der eigentlichen Reichserhaltung auf jährlich 150 Millionen. Auf keinen Fall aber, so erklärte der Reichsfinanzminister weiter, könne zur Durchführung dieser Befoldungsregelung eine Herabsetzung des Finanzausgleiches in Frage kommen, auch werden höhere Ueberweisungen an die Länder und Gemeinden nicht eintreten.

Eine eingehende Betrachtung der Rede Dr. Köhlers und der Auswirkung der von ihm begründeten Befoldungsreform behalten wir uns vor.

Im Verlauf seiner Rede teilte Dr. Köhler noch mit, daß er bereits in den nächsten Tagen dem Haushaltsausschuß des Reichstages Vorschläge wegen Auszahlung von Abschlagszahlungen am 1. Oktober unterbreiten werde.

Über dem polnisch-französischen Vorstoß unter englischer Schutzherrschaft, wie die Einheitsfront mit Chamberlain vorüber die Bürgerkriegsfrage hat schon jetzt eine dumpfe Ahnung davon, daß die Einigung zwischen England und Frankreich in der Frage des Vorkriegsstatus der Welt nicht nur ein Scheitern, sondern ein Verhängnis für die Welt sein wird, mit der Gleichberechtigung Deutschlands als Großmacht dabei ausbleiben wird. Die Bürgerkriegsfrage jubelt nicht; nur dem Vorwärts bleibt es vorbehalten, vom „Kampf um den Völkerrfrieden“ im Genf zu phantastieren.

Für Sowjetrußland und das revolutionäre Proletariat hat aber Genf, ohne Rücksicht darauf, wie die „Friedensresolution“ des Völkerrbundes ausfallen wird, die Einsicht bekräftigt, daß die Streitfragen des europäischen Imperialismus lediglich Fragen der Taktik in der Schaffung des Kriegsblochs gegen Sowjetrußland sind und die Verteilung der Funktionen der Mächte für diesen Krieg betreffen. Genf hat aber gleichzeitig enthüllt, wie sie wachsen und immer schärfer aufeinanderprallen müssen. Aus Genf kommen Alarmzeichen für die Organisierung der Verteidigung Sowjetrußlands, für die Mobilisierung der werktätigen Massen Deutschlands zum Kampf gegen den Bürgerblock, der sich mehr und mehr auch in ein Werkzeug der englischen Kriegspolitik gegen die Sowjetunion vermandelt.

Mitten in diese Kriegsatomosphäre von Genf kommt die Nachricht vom englischen Gewerkschaftskongress in Edinburgh, daß der Generalrat beschlossen hat, dem Kongress die Sprengung des anglo-russischen Gewerkschaftskomitees zu empfehlen und daß dieser Vorschlag auch von der reformistischen Mehrheit des Kongresses angenommen wurde. Das anglo-russische Gewerkschaftskomitee stellte gerade ein Kampforge gegen die Kriegspolitik des englischen Imperialismus sein. Infolge der Sabotage des notwendigen Generalrats konnte es diese Aufgabe nicht erfüllen. Die Vertreter der russischen Gewerkschaften im Einheitskomitee waren dort gleichzeitig die Wortführer der revolutionären Gewerkschaftsminderheiten Englands, die gegen den Generalrat Sturm liefen. Der Generalrat, der die kämpfenden englischen Arbeiter an die englische Regierung und das Unternehmertum verriet, der den englischen Imperialismus an seiner brutalen Völlerei gegenüber den nationalrevolutionären Bewegungen in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, besonders in China, nicht nur nicht hinderte, sondern sie durch die Haltung der Gewerkschaftsführung und der Leitung der Arbeiterpartei direkt begünstigte, gibt durch seine Sprengung des anglo-russischen Einheitskomitees die freie Bahn zum Krieg gegen die Sowjetunion. Je öfter die Frage des Krieges gegen die Sowjetunion von den imperialistischen Regierungen Europas gestellt wird, je öfter bestehen auch die sozialimperialistischen Verräter die Positionen zur Festsetzung und Verwertung des Kampfwillens der werktätigen Massen gegen den Imperialismus.

## Der Aufstand in Litauen

Die Telonien meldet heute morgen über den Arbeiteraufstand in Litauen aus Königsberg, daß der Ausgangspunkt des Aufstandes der Ort Tauraggen gewesen sei. Von dort habe die Bewegung auf andere Orte übergegriffen. In Tauraggen wurde die örtliche Miliz von den Aufständischen entwaffnet. Obwohl von Seiten der Kommandantur der ganze Vorgang als völlig harmlos bezeichnet wurde und die ganze Sache als bereits liquidiert erklärt war, wurden alle verfügbaren Kraftwagen und Privatautos requiriert und damit Militär nach den im Aufstand begriffenen Orten geschickt.

Die litauische Regierungsagentur verbreitet aus Kowno folgende Meldung:

Ueber den Umsturzversuch berichtet das Regierungsorgan „Litwa“, daß sich auch einige Mitglieder der Linksparteien daran beteiligt haben. Durch energische Maßnahmen sei der Versuch sofort unterdrückt worden. Eine Untersuchung sei im Gange. Im ganzen Lande herrsche Ruhe. Nach einer weiteren Meldung der „Litwa“ ist bei den Unruhen ein (?) Beteiligter getötet und zwei verwundet worden. Nachrichten über die Ereignisse in Tauraggen werden streng zensuriert. Der bei dem Umsturzversuch als Führer tätige Keeser capitän Majus sei wegen Spionage vom Militär entlassen worden.

Ueber die Umstürzbewegung in Tauraggen wird noch berichtet: Der eigentliche Führer des Aufstandes war ein gewisser Serbenta, ein linkssozialistischer Lehrer, der bereits im Dezember 1926 in Tauraggen den Widerstand gegen die jetzige Regierung organisiert hatte und damals nach Litauien geflüchtet war. Serbenta ist offenbar zu diesem jetzigen Aufstandsvorstoß aus Litauien zurückgekehrt. Die Aufständischen halten Post, Telegraph und Bahnhof besetzt. Die Militärbehörden greifen mit großer Energie ein, und es gelang, in kürzester Zeit den Versuch zu unterdrücken.

Meldungen des RAB über die Vorgänge in Tauraggen besagen, daß etwa 200 bis 300 Kommunisten die Staatsbank gestürmt und etwa 100.000 Litas erbeutet (?) hätten. Mit Kraftwagen wurden schnell Truppen herbeigekallt, die die Ordnung wieder herstellten. Vier Tote, darunter ein Kommunist und ein Mitglied des litauischen Schützenbundes, sollen die Opfer des Aufstandes in Tauraggen sein. In vielen Provinzialstädten werden Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen. In Kowno wurde unter anderem der ehemalige Seimabgeordnete Schigelis und das Mitglied der Stadtverwaltung Casjar Petruskas festgenommen. Ueber die Stadt Schaulen wurde der Belagerungszustand verhängt.

Einzelheiten und Berichte aus zuverlässiger Quelle über den Arbeiteraufstand liegen heute noch nicht vor. Der Aufstand in Tauraggen löst jedoch Rückschlüsse auf die herrschende Gärung im Lande zu. Es kann infolge der ungenügenden Information und der strengen Zensur durch die litauische Regierung heute noch nicht gesagt

werden, ob die Meldungen über die rasche Unterdrückung der Aufstandsbewegung den Tatsachen entsprechen. Wenn Anzeichen nach ist der Aufstand in Tauraggen nur das erste Zeichen einer breiten Volksbewegung gegen die litauische Diktaturregierung der Großbourgeoisie und Großgrundbesitzer.

## Frauentreffen des RABM Berlin

Berlin, 12. September. (Eigene Drahtmeldung.) Das erste Frauentreffen des RABM in Potsdam gestaltete sich zu einer wichtigen Demonstration. Tausende RABM-Genossinnen und RABM-Kameraden marschierten, umgeben von einer dichten, die ganze Straßenbreite füllenden Menschenmenge, unter den Klängen revolutionärer Kampflieder zum Rathausplatz. Dort hielten Vertreter des RABM und des RAB Berlin. Genossin Overlach überreichte dem RABM Berlin eine von russischen Arbeiterinnen gestiftete Fahne mit der Aufschrift: „Nieder mit dem Faschismus! — Unter der Fahne der Partei zur Diktatur des Proletariats!“

## Berwolf-Platte in Potsdam

Berlin, 12. September. (Eigene Drahtmeldung.) Ueber dem Wehrsportfest des Berwolfbundes Potsdam schwebte der Plattegeier. Ganze 2500 Mann brachten der Berwolf aus dem ganzen Reich auf. Angekündigt waren 12.000. Der Hauptstadtmarch erregte keinerlei Aufsehen. Lediglich die Epiken der Potsdamer Behörden, sowie Lubendorf und Ehrhardt hatten sich zur Abnahme der Parade eingefunden.

## Metallarbeiterstreik in Königsberg

Königsberg, 12. September. (Eigene Drahtmeldung.) Eine Vollversammlung der Königsberger Metallarbeiter hat einen gemeinsamen Metallarbeiterstreik in Königsberg beschlossen. Größere Betriebe, Steinfort und Union, sind stillgelegt worden.

## Eine juristische Retordreitung

Neun Todesurteile in einer Sitzung

Die bürgerlichen Richter teilen mit: Der Ferienkinder des Reichsgerichts hat in einer einzigen Sitzung am Freitag neun Todesurteile bestätigt, gegen die Revision eingelegt worden war. Darunter befand sich auch das Urteil gegen den am 2. Juli in Berlin zum Tode verurteilten Sexualmörder Karl Böttcher.

## Reichstagszusammentritt am 3. Oktober

Wie IU berichtet, wird der sozialdemokratische Reichstagspräsident Loebe im Reiterkavallerie als Termin des Reichstagszusammentritts den 3. Oktober vorgeschlagen. Herr Loebe hat diese Absicht obwohl die kommunistische Reichstagsfraktion den Zusammentritt des Reichstages am 16. September gefordert hat, um zu dem kommunistischen Antrag gegen die Mehrheitserhöhung von 10 Prozent am 1. Oktober Stellung zu nehmen.

## Vom Tage

### Ferienkinder in der Däse ertrunken

Berlin, 12. September. Wie die Morgenblätter aus Berlin melden, ist im Ostseebad Carlsbad auf Usedom ein Knabe aus Schwäbisch-Hall, der zu den Insassen des Berlin-Treptener Kinderheims gehörte, ertrunken. Der Junge wurde von einer starken Welle in die See gerissen. — Ein zweites Unfall ereignete sich in Gohren auf Rügen. Eine Gruppe von Knaben des Kinderheims badete in der Nähe des Freibades. Einer der Jungen kam an eine tiefe Stelle und versank. Auf die Hilfe rief er die Leiterin herzu, der es auch gelang, den Knaben zu fassen. Leider kam noch ein zweiter Knabe hinzu, der Hilfe leisten wollte. Auch dieser versank und die beiden Jungen klammerten sich an die Leiterin, der es auch gelang, den Knaben zu fassen. Während die beiden Knaben, der Schüler Wilko Martin aus Kapferdreh und der Schüler Wilko Häuserfotien aus Arnshelm ertrunken sind.

### Flugzeugunfall in Tempelhof

Berlin, 11. September. Bei dem heute auf dem Tempelhof abgehaltenen Großflugtag stürzte bei einem Kunstflug der Albatros-Pilger von Köpen auf eine 20 Meter Höhe ab und erlitt erhebliche Verletzungen.

### Großer Schaden durch eine Windhole

Amsterdam, 12. September. In Krinlingen in der Provinz Zeeland richtete gestern eine Windhole großen Schaden an. Mehrere Obstbäume wurden entwurzelt, Dächer abgedeckt und Fenster zertrümmert. Der Sturm dauerte bloß zwei Minuten.

### Die Wellflieger in Japan

London, 11. September. Die amerikanischen Wellflieger sind heute um 13.30 Uhr in Kogoshima auf der Insel Kjusiu gelandet. Sie werden heute abend in Tokio erwartet.

# Der Justizmord an Reichpietsch und Köbes

## Keine Entschädigung für die Angehörigen

Der Montag Morgen teilt heute mit, daß die Anträge auf Zahlung der gesetzlichen Elternrente, die die Rechtsabteilung des Reichsbundes der Kriegsbekämpften für die in dürftigen Verhältnissen lebenden Eltern der ermordeten revolutionären Matrosen Reichpietsch und Köbes bei den Verwaltungsbehörden gestellt hatte, abgelehnt worden ist. Von der höheren Instanz, dem Reichsverwaltungsgericht, wurde die in der Sache Köbes eingelegte Berufung ohne mündliche Verhandlung und ohne Termin verworfen, da nach Auffassung der Verwaltungsbehörden

ein Justizmord nicht als „Beschädigung im Dienst“ angesehen werden kann.

Obwohl sogar der juristische Berater der Maximilianstr. das Kriegsverwaltungsgericht gegen die beiden Matrosen als ungesetzlich bezeichnen mußte und der Admiral v. Scheer, der die Hinrichtung anordnete, die juristische Unhaltbarkeit und damit auch die Vollstreckung ausdrücklich anerkannte, werden alle Versorgungsanträge für die Eltern der ermordeten Revolutionäre abgelehnt.

Wie die „republikanischen“ Versorgungsbehörden ihre Aufgaben lösen, wenn es sich um nationalsozialistische Hochverräter handelt, das haben sie gezeigt bei ihrer Entscheidung im Falle des Rapp-Vorfalles. Generals Wittichs Versorgungsrenten für Kominternrevolutionäre und Ablehnung der Unterstützung der Hinterbliebenen der Opfer der Revolution — das kennzeichnet den wirtlichen Charakter der Hindenburg-Republik.



Am 12. September 1917, vor 10 Jahren, wurden die revolutionären Matrosen Köbes und Reichpietsch standrechtlich ermordet. — Die Mörder besitzen von der „Republik“ hohe Staatspensionen.